

2. Demokratisierung des technologischen Wandels

Inzwischen ist weitgehend unstrittig, daß die für das menschliche Leben so zentrale Entwicklung der Technologie nicht das Resultat unbeeinflussbarer Sachzwänge, sondern eine sozial gesteuerte und veränderbare Größe ist. Dies ist in den letzten Jahren an keinem Beispiel deutlicher geworden als in der Kontroverse um die zukünftige Energiepolitik: Soll auf die Großtechnologie Kernkraft mit all ihren Risiken gesetzt werden oder wird ein anderer Pfad gewählt, der arbeitsintensive dezentrale Formen der Energieversorgung (Kraft-Wärme-Kopplung, Blockheizkraftwerke auf Kohle-Basis) bevorzugt? Neue Fragen wurden auch in bezug auf die in der Gesellschaft hergestellten Produkte formuliert: Soll ein Großteil der kreativen Intelligenz in Rüstungsprojekte gebunden werden, oder ist eine Umstellung auf die Herstellung sozial nützlicher Güter anzustreben?

Nicht zuletzt die vielen betrieblichen Konflikte und die unterschiedlichen Varianten der Problemlösung beim Einsatz neuer Technologien belegen die soziale Gestaltbarkeit der technologischen Entwicklung.

2.1 Wer steuert den technologischen Wandel?

Die These von der sozialen Gestaltbarkeit der technologischen Entwicklung führt unweigerlich zu der Frage, welche Akteure und welche Prozesse denn diese Veränderungen prägen und welche Trends sich abzeichnen. Hier lassen sich zunächst drei Zentren ausmachen: Die Unternehmen, die neue Technologien entwickeln und sie anwenden, der Staat, der durch gezielte Förderungsprogramme und seine politischen Gestaltungsentscheidungen wesentliche Rahmenbedingungen setzt sowie schließlich die universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die grundlegende Erkenntnisse oder neue Produkte und Verfahren »produzieren«.

Zwischen diesen Instanzen, die durchaus ihren eigenen Interessen und Logiken folgen, ist häufig ein enges Zusammenspiel zu beobachten: Das wird z.B. deutlich, wenn einzelne Großkonzerne Hunderte von Millionen DM pro Jahr an Forschungsgeldern aus staatlichen Töpfen erhalten,

viele Wissenschaftler über lukrative Industrieverträge verfügen und wichtige Politiker eine enge Beziehung zu bestimmten Unternehmen haben.

Solche Verflechtungen zwischen Politik, Wissenschaft, Kapital und auch dem Militär (als nahezu unbegrenzt zahlungsfähigem Auftraggeber für Neuentwicklungen) dürfen allerdings nicht zu der Annahme verleiten, es gebe eine quasi-zentrale Technikplanung einer kleinen Elite mit bestimmten Zukunftsentwürfen. Technologische Entwicklungen müssen sich in der Gesellschaft, auf dem Markt (mit Ausnahmen wie z.B. im Rüstungsbereich) und in den Betrieben durchsetzen, und sie vollziehen sich bei aller Kapitalkonzentration in einer Situation der internationalen Konkurrenz. Man muß bedenken, daß die »Technologie-Strategen« in der Spitze von Konzernen, Staat und Forschungseinrichtungen häufig durch gesellschaftliche Prozesse zur Korrektur ihrer Entscheidungen veranlaßt werden; Beispiele hierfür sind das Ende der Kernenergie in den Vereinigten Staaten aus wirtschaftlichen und in Österreich aus politischen Gründen sowie unternehmerische Interessen an einer Humanisierung der Arbeit als Reaktion auf aktive oder passive Widerstände von unten (wie Sabotage und Fehlzeiten bei Bandarbeit).

Häufig bricht sich die Absicht auch an der Realität, wenn z.B. auch die großzügigsten staatlichen Förderungsprogramme nicht dazu geeignet sind, die Konkurrenzfähigkeit eines Elektronikkonzerns bei der Herstellung bestimmter Computer zu sichern. Und schließlich darf nicht übersehen werden, wer letztlich die »westliche Überlegenheit« und den technologischen Vorsprung des Kapitalismus gegenüber planwirtschaftlichen Systemen produziert: die breite Masse der Beschäftigten, die in den Betrieben von einer gar nicht mehr so kleinen Gruppe von Vorgesetzten aller Art zu beeindruckender Effizienz geführt wird. Die enge Verbindung von betriebswirtschaftlichem und ingenieurwissenschaftlichem Produktivitätsdenken und ihre Behauptung in der Konkurrenz ist eine zentrale Komponente der Technik-Steuerung. Insofern sind sehr viele Menschen, die auf der einen Ebene potentielle oder schon reale Opfer der technologischen Entwicklung sind, auf der anderen Ebene zugleich die »Täter«, die die Entwicklungen produzieren oder zumindest erdulden. Nur der ungetrübte Blick auf diese komplexen Strukturen eröffnet angemessene Strategiebestimmungen im Sinne einer Demokratisierung der Technik-Entwicklung. Vorschnelle Vorschläge wie etwa der bloße Austausch der entscheidenden Eliten oder der Übergang zur staatlichen Zentralplanung greifen entschieden zu kurz.

2.2 Technologische Entwicklungslinien

Eine Reihe von Neu- und Weiterentwicklungen im technologischen Bereich scheinen einen derartigen qualitativen Sprung zu bedeuten, daß sich trotz einer relativ geringen »Umsetzungsgeschwindigkeit« ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel abzeichnet. Zu nennen sind zuerst die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie ermöglichen eine fortschreitende Automatisierung der Produktion und deren zunehmende Flexibilisierung einerseits sowie die zentrale Steuerung und Kontrolle von Herstellungsprozessen andererseits. Zugleich eröffnen sich neue Möglichkeiten der Kommunikation zwischen Betriebsstätten und Konzernen mit der Chance zu weiteren Dezentralisierungen bei gleichzeitiger zentraler Überwachung. Die von der Bundespost geplanten neuen Netze bis hin zu einem Universalnetz (Telefon, Fernkopieren, Videokonferenzen, Radio, Fernsehen und Bildschirmtext/Computerdialoge für jeden Haushalt) sind nicht nur ein Instrument der Rationalisierung (schnellerer und preiswerterer Nachrichtenaustausch), sondern auch der Kontrolle und der Ablenkung: Die Menschen werden nicht nur in den Betrieben mit Hilfe von Personalinformationssystemen durchleuchtet, sondern sie sind auch zu Hause überprüfbar (insbesondere bei Computer-Heimarbeit) und den Angeboten der Medienkonzerne in weit stärkerem Maße als heute ausgesetzt.

Die Produktion und das gesellschaftliche Leben werden auch durch die Entwicklung neuer Werkstoffe entscheidend verändert. Es zeichnet sich eine Verlagerung von Metall- zu chemischen Produkten ab, wenn in immer stärkerem Maße Kunststoffe, Keramiken und Verbundstoffe anstelle von z.B. Stahl und Aluminium eingesetzt werden (Flugzeuge, Motoren etc.).

Ein durchgreifender Wandel wird auch von der Bio- und Gentechnologie erwartet; die Industrie rechnet für das Jahr 2000 mit einem Jahresumsatz von 150 Mrd. Dollar. Der Einsatz dieser Technologien wird u.a. zu Veränderungen im Bereich der menschlichen Gesundheit, der Tierhaltung, der Landwirtschaft und im Umweltbereich führen und in der Nahrungsmittel- und chemischen Industrie eine große Rolle spielen. Der Hauptgrund für die Entwicklung dieser Technologien liegt wohl weniger in dem Interesse an der Manipulation der menschlichen Erbmasse und der Herstellung von Retortenmenschen als vielmehr darin, daß Biotechnologien eine starke Rationalisierungswirkung in der chemischen Industrie haben - erste Schätzungen gehen davon aus, daß ca. 80 Prozent aller Anwendungsfälle auf das Ersetzen bestehender Produkte und Verfahren zielen und bis zu 30 Prozent der vorhandenen Arbeitsplätze gefährdet sind. Große Gefahren bestehen nicht nur für diejenigen, die mit diesen

Technologien arbeiten, sondern vor allem für die Umwelt: Es ist nicht auszuschließen, daß einzelne Bakterien außer Kontrolle geraten und nicht »rückholbar« sind; die ungeklärten Folgewirkungen ihres Einsatzes haben u.a. dazu geführt, daß in den USA geplante Freilandversuche untersagt worden sind.

Auch die Entwicklung der Kernenergie muß unter dem Aspekt einer neuen Technologie betrachtet werden; dazu gibt nicht nur der hohe Anteil der Aufwendungen des Forschungsministeriums für diesen Bereich Anlaß. Auch das EG-Programm für fortgeschrittene Reaktoren zielt auf die Weiterentwicklung von Schnellem Brüter und Hochtemperaturreaktor, in der Bundesrepublik ist der Bau weiterer Kernkraftwerke und der Wiederaufbereitungsanlage vorgesehen. Zentrale Probleme dieser Technologie liegen nicht nur in ihrer Betriebssicherheit und den Unfallfolgen, sondern auch in ihrem Überwachungsbedarf (»Atomstaat« zum Schutz vor Anschlägen und von Atomtransporten) sowie ihren militärischen Potentialen (Nutzung der Wiederaufbereitung zur Herstellung von Atombomben).

2.3 Soziale Folgen des Wandels

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß mit dem Einsatz neuer Technologien tiefgreifende Rationalisierungsprozesse eingeleitet werden und im Volumen zumindest kein Arbeitsplatzzuwachs zu erwarten ist. Eine anhaltende und sich vergrößernde Massenarbeitslosigkeit wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Jahr 2000 eher das Bild bestimmen als eine Lösung des Beschäftigungsproblems durch hohe Wachstumsraten und Innovationen. Mit der Veränderung von Arbeitsprozessen, Kapitalstrukturen und der betrieblichen wie gesellschaftlichen Arbeitsteilung wird zugleich ein erheblicher Strukturwandel des gesamten Sozialgefüges einhergehen. Schon jetzt sind verschärfte Differenzierungsprozesse der Erwerbstätigen, das Neuentstehen und der Wegfall ganzer Berufsgruppen, das Aussterben ganzer Branchen und Verschiebungen im Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit abzusehen. Eine Studie des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit) und der Prognos AG kam 1985 u.a. zu folgenden Trendannahmen:

- Auch bei jährlichen Wachstumsraten von 2,5 Prozent real wird die Massenarbeitslosigkeit bis über das Jahr 2000 hinaus anhalten.
- Der Anteil der Landwirtschaft und der Industrie wird weiter zugunsten des Dienstleistungssektors zurückgehen; vermutlich werden im Jahr 2000 insgesamt zwei Millionen Menschen weniger mit Produktionstätigkeiten beschäftigt sein als 1980.

- Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes gibt es Verschiebungen von den »traditionellen Industrien« hin zu Branchen, die neue Technologien herstellen oder als Bestandteile ihrer Produktion verwenden.
- Die zukünftige Wirtschaftsstruktur wird stärker durch kleine und mittlere Betriebe und Unternehmen geprägt sein.
- Der Anteil der un- und angelernten Arbeiter, Facharbeiter und geringer qualifizierten Angestellten und Beamten wird zurückgehen, der der qualifizierten Angestellten zunehmen.

Aus diesen Strukturveränderungen werden sich für die Gewerkschaften erhebliche Probleme ergeben. Ganz abgesehen von einer denkbaren Abnahme der Mitgliederzahlen durch den Rückgang der abhängig Beschäftigten insgesamt scheint es Arbeitsplatzverluste überall dort zu geben, wo die Gewerkschaften besonders stark sind, nämlich im Arbeiterbereich der »alten Industrien«. Die Zuwächse treten vor allem in den Bereichen auf, die den Gewerkschaften traditionell eher fernstehen: bei den qualifizierten Angestellten, im Dienstleistungsgewerbe und in den Klein- und Mittelbetrieben.

Das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital wird auf zwei weiteren Ebenen zugunsten der Unternehmer beeinflusst: Die Dezentralisierung der Produktion bei gleichzeitiger Zentralisation der Planung und Kontrolle ermöglicht flexible Reaktionen insbesondere innerhalb von Konzernen, die die Streikchancen der Arbeitnehmer verringern. Einerseits sind kurzfristige Produktionsverlagerungen möglich (wenn z.B. General Motors die Rechenoperationen von Rüsselsheim nach Saragossa verlegt), andererseits kann durch das Unterlassen von Zulieferungen seitens der Unternehmen eine fast beliebige Ausdehnung des Streikgebietes provoziert werden (die Veränderung des § 116 AFG diente dazu, dieser Waffe zur vollen Wirkung zu verhelfen). Die volle Ausschöpfung der vorhandenen Personal- und Managementinformationssysteme sowie der Betriebsdatenerfassung ermöglicht eine umfassende Kontrolle der Arbeitnehmer und erhöht den Informationsvorsprung der Unternehmensführungen derartig, daß eine betriebliche Gegenwehr von Belegschaften und Betriebsräten zunehmend erschwert wird.

Es gibt Hinweise darauf, daß zumindest Teile der Belegschaften als Rationalisierungsgewinner von der Einführung neuer Technologien profitieren (erhöhte Qualifikationen und Entscheidungsspielräume) und die Unternehmer bemüht sind, insbesondere diese für die Produktion besonders wichtigen Mitarbeiter in das Unternehmenskonzept einzubinden (z.B. über Qualitätszirkel). Zugleich werden die Betriebe aber auch störanfälliger: Schon kleinere Fehler von Arbeitnehmern (oder gar gezielte Sabotageakte, über die schon berichtet wurde) können ganze Produktionsprozesse lahmlegen, und die verstärkten Möglichkeiten der

einer wichtigen Veränderung. Die Differenzierung der Arbeitnehmer, die ausgeweitete Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, die Individualisierung von Arbeitsabläufen, der zunehmende Bedarf an flexibleren Regelungen und Mitgliederverluste der Gewerkschaften sind für Späth Hinweise auf die wünschenswerte »Destabilisierung kollektiver Ordnungsblöcke«. Die Freude über den erwarteten Bedeutungsverlust der Gewerkschaften bekommt eine staatsmännische Wende: Man solle die Gewerkschaften in ihrer Existenz anerkennen und nicht übertrieben provozieren, weil sie in ihrer veränderten Funktion (Aushandeln von Rahmentarifverträgen und individuelle Beratung von Arbeitnehmern) ein wichtiges Element der »Versöhnungsgesellschaft« sind. Für Späth ist ein nationaler Konsens auf Basis von hohen Gehältern und Qualifikationen der Arbeitnehmer sowie gewisser garantierter Schutzrechte vorstellbar. Er bietet SPD und Gewerkschaften eine große Koalition der Inhalte (konsequente Modernisierungspolitik) an.

Auf der Ebene der Visionen kann man kaum gegen Späths auf den Weltmärkten führende humane und ökologische Informationsgesellschaft mit ihren hochqualifizierten, gutbezahlten und in kleinen Einheiten beschäftigten Arbeitnehmern polemisieren. Das Problem besteht darin, daß es sich nicht um eine Realitätsbeschreibung handelt und auch nicht um die Beschreibung einer wahrscheinlichen Entwicklung - jedenfalls nicht als das mehr oder weniger automatische Resultat einer von Optimismus getragenen Politik der Technologieförderung. Man darf nicht übersehen, daß

- die Konsensgesellschaft zu Lasten der Ausgegrenzten und Nichtabgesicherten geht; über die Opfer der konservativen Modernisierung wird nicht geredet
- neue Managementkonzepte und Qualitätszirkel kein Beweis für durchgängig inhaltsreiche Arbeitsbedingungen sind
- mit allen Dezentralisierungsmöglichkeiten eine ungeahnte Zentralisierung von Informationen, Kontrollfunktionen, Entscheidungsstrukturen und Macht einhergeht
- Forschung und Technologie keineswegs wertneutral sind und eine Beteiligung am SDI-Programm für den Krieg der Sterne nicht mit ausschließlich technologischen Argumenten begründet werden kann
- Bekenntnisse zu Dezentralität und Lebensqualität so lange unglaubwürdig bleiben, wie an der Großtechnologie Kernkraft mit all ihren Konsequenzen festgehalten wird
- die Umweltbedrohung und täglichen Vergiftungserscheinungen mit dem Einsatz neuer Technologien keineswegs automatisch verschwinden

- der Interessengegensatz von Arbeit und Kapital keineswegs aufgelöst ist; dies ist zuletzt an den Konflikten um die Arbeitszeitverkürzung und um den § 116 AFG deutlich geworden.

Es ist ein Verdienst von Klaus Haefner, in aller Offenheit auf die Grenzen des »neuen Individualismus« der Informationsgesellschaft hingewiesen zu haben: »Die human computerisierte Gesellschaft ist kein loser Verbund von Individuen, die jeweils einzeln und völlig frei und unabhängig voneinander entscheiden. Aufbauend auf den heute schon vorhandenen Zwängen wird sich in der human computerisierten Gesellschaft mehr Zwang zur Integration und Leistungssteigerung des Gesamtsystems ergeben ... (Der einzelne muß) Teile seiner bisherigen Freiheit in das Gesamtsystem einbringen.« Dieses Gesamtsystem wird von einer kleinen Elite gesteuert, die die neuen Technologien vorantreibt und für deren Ausbildung nach Haefner Elite-Universitäten dringend erforderlich sind. Und hier schließt sich der Kreis: Welche Zukunftsgesellschaft wollen wir, nach welchen Prinzipien soll sie funktionieren, wie sollen neue Technologien eingesetzt werden, wer soll die gesellschaftliche Entwicklung steuern? Gelingt eine durchgreifende Demokratisierung oder wird die Zukunft von einer kleinen Elite der Technokraten, Bürokraten, Unternehmer und Politiker verplant?

2.5 Für einen neuen Fortschrittsbegriff

Es genügt nicht, den sich naturwüchsig vollziehenden oder von den herrschenden Eliten geplanten Entwicklungstrends ausschließlich defensiv zu begegnen und sie an der einen oder anderen Stelle zu verzögern oder zu modifizieren. Nötig ist die Entwicklung eines eigenen Fortschrittskonzepts, das konkrete Schritte hin zu der Utopie einer sozialen, demokratischen und ökologischen Gesellschaft anzugeben in der Lage ist. Vorstellungen eines quasi-automatischen Fortschritts zum Segen der Menschheit haben heute erheblich an Attraktivität eingebüßt, und auch bei den Kommunisten wachsen Zweifel an der These, daß nach dem Sieg der revolutionären Kräfte die bloße Weiterentwicklung der Produktivkräfte zur Problemlösung führt. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Grenzen des Wachstums erfordern und ermöglichen die zunehmend konkretere Bestimmung wünschenswerter gesellschaftlicher Verhältnisse. Es besteht die Chance und die Notwendigkeit zur politischen Diskussion und Definition zukünftiger Strukturen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, zur stofflichen Konkretisierung von Gestaltungskonzepten zur Erfüllung von Ansprüchen an die Qualität des Arbeitens und des Lebens. Die anzugehenden durchgreifenden Reform-

perspektiven stellen zugleich Grundstrukturen einer neuen Gesellschaft dar. Solche Vorstellungen der humanen und ökologischen Gestaltung (weder rücksichtslose Durchtechnisierung noch Entindustrialisierung) können nur im Dialog mit den Betroffenen entwickelt werden. Sie müssen breit diskutiert und unter Mobilisierung von Mehrheiten umgesetzt werden. Diese Auseinandersetzung hat bereits begonnen: Gewerkschaftliche Aktivitäten in den Betrieben (z.B. für die Umstellung der Rüstungsproduktion, für einen verbesserten Arbeitsschutz oder zur Technologiegestaltung) bilden ebenso wie Bürgerinitiativen (z.B. für eine alternative Energieversorgung) den Kern einer breiten Bewegung, die aus der Perspektive der »Opfer« der herrschenden Tendenzen Zukunftsvorstellungen einer humanen, demokratischen und ökologischen Gesellschaft entwirft.

Die bewußte Nutzung neuer Technologien muß dazu beitragen, die Massenarbeitslosigkeit und die Armut zu beseitigen, die Produktion sozial und ökologisch zu organisieren, die Umwelt zu sanieren, die Arbeitszeit drastisch zu reduzieren und die Arbeitsbedingungen zu humanisieren.

2.6 Demokratisierung der Technologiesteuerung

Eine Demokratisierung des technologischen Wandels ist nur vorstellbar als Prozeß mit zwei Dimensionen: zum einen der der Beteiligung der Bürger an der Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung auf den unterschiedlichen Ebenen (von der Ausrichtung der Forschung bis zur Gestaltung betrieblicher Strukturen) und zum anderen der der Aktivierung der Betroffenen selbst zur Diskussion von Zielen und Durchsetzung von Veränderungen. Mobilisierungs- und Aufklärungsarbeit zur Gegenmachtbildung und Strukturreformen zur Partizipation der Basis müssen die Eckpfeiler der Politik des fortschrittlichen Blocks in der Bundesrepublik werden, in dem die Gewerkschaften schon aus Überlebensinteressen eine Hauptrolle spielen müssen. Mit den beschäftigungspolitischen Vorschlägen und dem Programm »Umweltschutz und qualitatives Wachstum« des DGB, dem Programm »Arbeit und Technik« der IG Metall und dem Konzept »Bauen und Umwelt« der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden haben die Gewerkschaften beachtenswerte programmatische Perspektiven vorgelegt und zugleich erste Umsetzungsschritte angegeben. Die Stellungnahme »Arbeit und Technik« des DGB zur sozialen Steuerung des technischen Wandels gibt Ansätze für eine branchenübergreifende Technologie- und Beschäftigungspolitik.

Dabei haben die Gewerkschaften zwei Ebenen im Blick: zum einen die Aktivierung der betrieblichen Basis (wobei erhebliche Anstrengungen zur Organisierung insbesondere der qualifizierten Angestellten immer dringlicher werden) und zum anderen die Formulierung von Vorstellungen in bezug auf überbetriebliche Entscheidungen und die staatliche Politik.

Auf beiden Ebenen kommt es darauf an, schon in der Entwicklungs- und Planungsphase neuer Technologien Einflüsse für eine soziale Gestaltung zu sichern und die wünschenswerten Perspektiven breit zu diskutieren. Nur so können Gestaltungskriterien wie z.B. die Rückholbarkeit von Technologien (keine unkontrollierbaren Kettenreaktionen und z.B. Radioaktivität für Tausende von Jahren), der Abbau von Entfremdung, die Humanisierung der Arbeit, die Erweiterung des Datenschutzes und der Schutz vor Vereinzelung und Medienabhängigkeit oder die Verbesserung der Umweltsituation umgesetzt werden.

Strategische Strukturreformen zur Demokratisierung der technologischen Entwicklung müssen auf den unterschiedlichen Ebenen in Angriff genommen werden und könnten u.a. bedeuten:

- die Umstrukturierung der Forschungspolitik und des Forschungsetats von der Kernenergie- und Rüstungsforschung zugunsten einer Forschung für humane, soziale und ökologische Ziele (z.B. neue Energie- und Verkehrstechnologien, Humanisierung der Arbeit).
- Ausbau einer Technologiebegutachtung und einer Technologiefolgenabschätzung vor ihrem Breitereinsatz, wobei auch eine Dezentralisierung der Kompetenz durch die Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten und Infrastruktureinrichtungen für eine Forschung durch die Betroffenen selbst nötig ist.
- ein national angelegtes und dezentral umgesetztes ökologisches Beschäftigungsprogramm »Arbeit und Umwelt« auch mit dem Ziel der Einführung humaner Technologien.
- der Abschluß von Technologie-Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen mit Schutz- und Gestaltungsregelungen wie z.B. der Schaffung von Arbeitsgestaltungsfonds in Verfügung der Arbeitnehmer.
- der Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in den Unternehmen und auf der überbetrieblichen Ebene.
- die Einrichtung von Technologie-Vertrauensleuten und Arbeitsschutzbeauftragten der Arbeitnehmer, die weitgehend von ihrer Arbeit freigestellt werden und Vetorechte haben (z.B. Produktionsstilllegung bei Gefahren für die Beschäftigten).
- die Absicherung von Vetorechten für die Betriebsräte bei der Einführung neuer Technologien.

- der Ausbau der arbeitnehmerorientierten Technologieberatung durch spezielle Stellen oder Einheiten in den Hochschulen.
- die Öffnung der Hochschulen für Arbeitnehmerprobleme (Beratung, Ausrichtung der Forschung) und der Ausbau der arbeitnehmerorientierten Erwachsenenbildung.
- die radikale Verkürzung der Arbeitszeiten und die Ausweitung der Weiterbildung und der Bildungsurlaubsregelungen auch unter dem Aspekt, Zeitspielräume für die Diskussion der Arbeits- und Technologiegestaltung in den Betrieben zu gewinnen. Mitbestimmung am Arbeitsplatz muß mit einer betriebsnahen Bildungsarbeit (Verbindung von Lernen und Handeln, Betroffenenforschung) verknüpft werden, um unternehmerischen Integrationskonzepten (Qualitätszirkel) entgegenzutreten und Mobilisierungseffekte erreichen zu können.

Edgar Einemann